Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt. Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treis, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 92. Donnerstag, 21. April 1927. 2. Jahrgang.

Riesebergs Heldenstück.

Wie der deutschnationale Quedlinburger Bäckermeister im Reichstag die Arbeiter beschimpft.

Die Berichte, welche die Zeitungen von den Reichstagssitzungen bringen können, sind in der Regel so beschränkt, daß sie kaum ein wirkliches Spiegelbild der Verhandlungen bieten. Dieser Zustand ist aber kaum zu ändern, weil die Reden, die im Reichstag gehalten werden, zu lang und der in der Presse dafür zur Verfügung stehende Platz zu kurz ist. Aber wir würden unsere Pflicht gröblich verletzen, wenn wir nicht wenigstens eine Rede, die in der Reichstagssitzung vom 8. April, in der das Arbeitszeit-Notgesetz mit 196 gegen 184 Stimmen angenommen wurde, laut Parlamentsstenogramm nachtragen würden. In jener Sitzung hat nämlich der Reichstagsabgeordnete Rieseberg eine gar erschröckliche Rede von der Not des Handwerks und dem Uebermut der Arbeiter, insbesondere der Sozialdemokraten, gehalten.

Gar mächtig dröhnte seine Stimme, mssig stand er da mit seinen vollen, geröteten Backen und wild sträubte sich der Hindenburgschnauzer, der seine Nasenflügel kitzelt. Er gab es ihnen gründlich, den verdammten Schweinehunden, die in seiner Backstube eingebrochen sind und sich erdreisten, in seine und seiner Lehrlinge Arbeit hineinzubefehlen. Er wetterte gegen das „Zuchthausgesetz", womit er die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 meinte, welche den achtstündigen Arbeitstag auch für die Bäckerei bestimmt und die Nachtarbeit verbietet. Diese Verordnung der Volksbeauftragten liegt wie ein Mühlenstein in Riesebergs Magen. Und so legte er denn, nachdem sich zunächst einmal noch mit seinem roten Taschentuch gründlich geschnäuzt hatte, folgendermaßen los:

„Meine Damen und Herren! Wenn man die Verhandlungen hier im Plenum gestern und heute beobachtet hat und von den angeblichen Arbeitervertretern einen Kampf geführt sieht, dann müßte man zu der Ueberzeugung kommen, der Herr Arbeitsminister hätte im Deutschen Reichstag eine Ausnahmegesetzgebung für die Arbeiter geschaffen. Ich glaube jedenfalls, wenn irgend jemand Ursache hätte, sich gegen diese Notverordnung zu wehren, dann wäre es das Handwerk (Sehr richtig!! bei den Deutschnationalen), dann wäre es die Industrie, dann wäre es der Arbeitgeber, dessen Lage durch dieses Gesetz bedeutend verschlechtert wird. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Die 3prozentigen Zuschläge, die in diesem Gesetz stehen, bedeuten für unsere Arbeitgeber einen

jährlichen Zuschuß an Lohn von etwa 250 Millionen Mark,

die dem deutschen Arbeiter ausbezahlt werden. (Zurufe von den Kommunisten: Wer hat Ihnen das vorgerechnet?) Sie bringen das nicht fertig, Sie sind zu dumm dazu, um eine solche Ausrechnung zu machen. (Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

Wenn ich so dumm aussehen würde, wie Sie sind,

dann würde ich mich schämen. (Heiterkeit.) Wenn jemand Ursache hätte, sich dagegen zu wehren, daß seine Interessen in diesem Gesetz absolut keine Würdigung erfahren haben, so, glaube ich, ist es das deutsche Bäckerhandwerk. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Das deutsche Bäckerhandwerk gibt sich aber heute zufrieden, wenn der Reichstag die hier zu fassende Entschließung annimmt, um

uns wenigstens einen Wochenstundentag

zu geben. Wir wollen endlich — und das möchte ich den Herren von links sagen — einmal

aus der Zuchthausvorlage herauskommen,

die Sie (zu den Sozialdemokraten) als erstes Produkt Ihrer Revolutionsregierung dem deutschen Bäckerhandwerk beschert haben, aus dieser Zuchthausvorlage vom 23. November 1918, die so weit geht, daß selbst dem Meister in seinem eigenen Betrieb die Arbeit über acht Stunden hinaus verboten wird. (Hört, hört! bei den Deutschnationalen.) So weit ging Ihre Auffassung über die Freiheit der einzelnen Person.

Der Herr Reichsarbeitsminister wird ja einsehen: er kann Ihnen (zu den Sozialdemokraten) die besten Vorlagen bringen, sie protestieren, und ich glaube, wenn er nächstens einen Gesetzentwurf einbringt mit der Ueberschrift

„Jede Arbeit ist verboten!",

dann werden Sie auch dagegen protestieren,

weil Sie dann beim Essen noch kauen müssen,

also dann auch noch arbeiten müssen. (Stürmische Heiterkeit.) Also, Herr Reichsarbeitsminister, Sie sehen, wohin der Weg geht! (Zuruf links: Sie reden ja Makulatur! Sie sind aus lauter Makulatur zusammengebaut! (Heiterkeit.) Eine Zufriedenstellung dieser Seite hier (nach links) werden Sie nie erreichen, Herr Arbeitsminister, und darum geht unsere Bitte dahin: Nehmen Sie sich in Ihrer späteren sozialen Gesetzgebung auch einmal der Interessen des Handwerks an! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.) Kommen Sie endlich einmal so weit, daß Sie einem Stande, der heute auch um seine Existenz kämpft (Sehr richtig! rechts), etwas mehr geben als nur die Entschließung, die wir heute hier eingebracht haben! Gehen Sie auch diesem Stande wirklich die Freiheit, die ja so viel gepriesen wird in der neuen Republik, die sich aber für einzelne Stände, besonders für das Handwerk, zu einer Knechtschaft in der größten Form ausgewirkt hat! (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.) Wenn man dem selbständigen Handwerker in seiner eignen Werkstatt das Arbeiten verbietet, so ist das ein Zuchthausgesetz, wie es nicht krasser sein kann. (Große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Nein, nein, wir lehnen trotzdem nicht ab. Ich will Ihnen nur das eine sagen: Wir als Handwerker stehen dennoch auf dem Standpunkt, von dem sozialen Gedanken getragen, daß wir diese Vorlage als einen sozialen Fortschritt ansehen, und aus diesem Grunde werden wir ihr auch zustimmen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, zustimmen mit dem Wunsche und der Bitte an unsern Reichsarbeitsminister, bei kommenden Gesetzen auch sein Wohlwollen für das deutsche Handwerk zu bekunden. Dann werden Sie, Herr Minister, das Vertrauen von unserer Seite genießen. Das Vertrauen von jener Seite (nach links) sich zu erwerben, Herr Reichsarbeitsminister, wird ein vergebliches Bemühen sein! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

•

Also sprach Rieseberg. Der Wortlaut seiner Rede ist dem amtlichen stenographischen Bericht entnommen. Er ist von Rieseberg persönlich durchgesehen und gebilligt worden. Jedes Wort ist daher autentisch. Rieseberg hat zu jedem dieser Sätze zu stehen. Wenn in der Wahlagitation, wo dem braven Bäckermeister diese Rede gehörig um die Ohren geschlagen wird, Rieseberg etwa ableugnen sollte, den Unsinn tatsächlich im Reichstage vorgapft zu haben, dann wird man ihn darauf festnageln.

Die Sozialdemokraten des Bezirks Magdeburg-Anhalt haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dem Bäckermeister Rieseberg bei der nächsten Wahl die Gelegenheit genommen wird, den Mittelstand und das Parlament weiter zu blamieren.

Russische Annäherung an den Völkerbund.

In Moskau tagt gegenwärtig der vierte Kongreß der Sowjetunion. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Rede Rykows über die internationale Lage. Es handelt sich dabei um Ausführungen von äußerster, geradezu auffallender Zurückhaltung, in denen man alles andere, nur nicht von bolschewistischen Methoden verspürte. Insbesondere fiel die glimpfliche Behandlung des Völkerbundes auf.

Es bestätigt sich jetzt, daß die Sowjetunion in der Tat eine Annäherung an den Völkerbund erstrebt. Sie lehnt zwar, wie der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" in Moskau zu melden weiß, eine Teilnahme am Genfer-Bund nach wie vor ab, aber macht doch im gleichen Augenblick Anstalten, sich dem Völkerbund gegenüber wesentlich anders einzustellen als bisher. Vor allem wird die Sowjetunion nunmehr zunächst die bisher noch fehlende eigene Berichterstattung in Genf einrichten. Sie ist ferner bereit, unter der Voraussetzung einer Verschiebung der Eröffnung an der Weltwirtschafts-Konferenz teilzunehmen und sich auf der Abrüstungskonferenz in Zukunft vertreten lassen. In Bezug auf die Abrüstungsfragen bietet sie sogar jetzt Vorschläge durch Sachverständige an. Sie verlangt vor allem die Abschaffung des Giftgaskrieges.

Alles das zeigt, daß die Sowjetunion eine Verständigung mit der Schweiz über den Fall Worowski schließlich nur gesucht hat, um eine stärkere Orientierung nach Genf hin vorzunehmen.

Die Räumungsfrage.

Deutsche und französische Sozialisten sind sich einig.

Paris, 20. April. (Eig. Funkm.) Auf einem am Dienstag mittag veranstalteten Bankett des Kongresses der sozialistischen Partei in Lyon nahm u. a. auch der Delegierte des deutschen Parteivorstandes, Gen. Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid das Wort und führte aus, daß nach der Ansicht der deutschen Sozialdemokratie die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes unbedingt notwendig ist für die endgültige Wiederherstellung des Friedens. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Locarno ist die Besetzung eine Anomalie. Sie stärkt die Stellung des Nationalismus in Deutschland und ist eine Gefahr für den Frieden.

In seiner Antwort auf diese Ausführungen erklärte Leon Blum, das, was die Räumung des Saargebietes und die Räumung des Rheinlandes anbetrifft, die französischen Sozialisten vollkommen die gleichen Ansichten haben wie die deutschen Sozialdemokraten. Auch sie wüßten, daß der Friede nicht hergestellt werden könne ohne Regelung dieser beiden schwerwiegenden Fragen.

„Wiking" und „Olympia".

Prozeßbeginn am Donnerstag.

Am Donnerstag beginnt vor dem großen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik die Verhandlung über die Beschwerde des Bundes „Wiking" und des Vereins „Olympia" gegen das am 12. Mai 1926 vom preußischen Innenminister erlassene Verbot dieser beiden Organisationen. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angesetzt.

Parteitaktik in Frankreich.

Der sozialistische Kongreß in Lyon.

Paris, 20. April. (Eig. Funkm.)

Die Dienstag-Sitzung in Lyon wurde um 10 Uhr vormittags mit der Fortsetzung der Debatte über die allgemeine Politik der Partei eröffnet. Der erste Redner, der Abgeordnete des Marne-Departements, Deat vertrat die Auffassung, daß die Partei zuerst ein klares Aktionsprogramm aufstellen und dieses, wenn eine Einigung über besondere Reformen erzielt worden sei, den Parteien vorlegen müsse. Mit den Parteien, welche dieses Programm annehmen, könne eine politische Zusammenarbeit ins Auge gefaßt werden, mit den anderen nicht. Anschließend sprach Zyromski über die von ihm und Brace eingebrachte Entschließung. Er erinnerte an den Zusammenbruch des Kartells, kritisierte die bürgerlich-konservativen Tendenzen der radikalsozialistischen Partei, die ein Zusammengehen mit ihr für immer unmöglich mache. Auch einer Einheitsfront mit den Kommunisten, die eine Partei der Unordnung und Zerstörung sei, steht der Redner feindlich gegenüber. Anstelle der negativen und zersetzenden Arbeit des Kommunisten müsse ein aktives Wirken der Arbeiterklasse unter Leitung der sozialistischen Partei treten.

Die Nachmittagssitzung wurde um 4 Uhr wiederaufgenommen. Der Delegierte des Elsaß, Grumbach, Anhänger der Entschließung Renaudels, versuchte nachzuweisen, daß in Europa die sozialistischen Parteien zu

Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien, soweit diese demokratisch

wären, veranlaßt werden. Dies sei zum Beispiel der Fall in Deutschland, Schweden und Belgien gewesen. Der Redner warnte den Kongreß vor übertriebenem Skeptizismus diesen demokratischen bürgerlichen Parteien gegenüber. „Fragt Eure italienischen Genossen," rief er aus,

„erst wenn man die demokratische Formel verloren hat, erkennt man, wie viel man verloren hat, aber dann ist es zu spät."

Der frühere Abgeordnete Longuet vertrat die Ansicht, daß es unrichtig sei, Einstimmigkeit auf eine Entschließung herbeiführen zu wollen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die auf dem Kongreß zu Tage getretene Tendenz einer Einigung auf einen gemeinsamen Text zwischen dem Zentrum und Links möglich ist.

Dann ergriff der Abgeordnete Vincens Auriol das Wort und vertrat gegenüber dem Vorredner den Standpunkt, daß es wohl möglich wäre, Einstimmigkeit über eine Entschließung herbeizuführen. Die Kämpfe der Parteien, so stellte der Redner fest, haben sich vollständig geändert. Heute handele es sich nicht mehr darum, die französische Republik zu verteidigen. Selbst der Papst habe sie anerkannt (Heiterkeit). Aber heute müsse

auf wirtschaftlichem Gebiet der Sozialismus seine Kräfte entfalten.

Ueberall sei es die internationale Finanz, die auf den Regierungen laste und die versuchen, die Demokratie unter ihr Joch zu drücken. Für diesen Kampf müsse eine Umgruppierung der Parteien vorgenommen werden. Aus diesem Grunde seien die lebhaften Angriffe, die auf dem Kongreß gegen die Radikalsozialisten und die sonstigen bürgerlichen Parteien ausgesprochen worden seien, völlig unangebracht. Die Stunde sei nicht dazu da, des längeren zu untersuchen, ob Kartelle oder Koalitionen mit anderen Parteien nicht möglich seien. Man müsse im Gegenteil darauf ausgehen, die Zusammenhänge zwischen der sozialistischen Partei und den ihr nahestehenden bürgerlichen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen. Der Redner verläßt unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Tribüne, die nach ihm Renaudel einnimmt. Er erklärt, daß er angesichts der Rede von Auriol verzichte, da Auriol genau seiner Tendenz Ausdruck gegeben habe. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Herstellung einer

Einheitsfront mit den Kommunisten Sophismus

sei, da diese die sozialistische Einigkeit zu zerstören bestrebt seien.

Dann ergriff Leon Blum das Wort.

Eine Einheitsfront, deren Tätigkeit den Interessen der arbeitenden Klasse diene, begrüßt er, aber in Uebereinstimmung mit Renaudel stelle er fest, daß eine Einheitsfront mit dem Bolschewismus den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufe und unmöglich sei. Aber auch den republikanischen Parteien gegenüber sei es der Sozialdemokratie unmöglich, eine ständige Haltung einzunehmen. Man müsse alle Möglichkeiten in dieser Beziehung offen lassen, ohne sich auf die oder die andere Haltung festzulegen. Blum schließt mit dem Hinweis, daß es möglich wäre, die Einigkeit auf eine Entschließung herbeizuführen, wenn der Kongreß sich der von Auriol vertretenen Auffassung anschließt.

Nach der Rede Blums wird um 10 Uhr die Sitzung aufgehoben. Die politische Diskussion ist geschlossen. Die Resolutionskommission trat sofort zusammen, um zu versuchen, eine einheitliche Resolution zusammenzustellen. Heute vormittag tritt der Parteitag wieder zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270421-12/fragment/page=0001

Tagung der sozialdemokratischen Akademiker.

Der Verband sozialdemokratischer Akademiker hatte zu Ostern seine diesjährige Hauptversammlung nach Nürnberg einberufen. Aus 22 Städten des Reiches waren ungefähr 90 Teilnehmer erschienen. Der Parteivorstand hatte den Genossen Hilferding entsandt. Hermann Müller-Franken wünschte aus Wien der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

Schon in den Begrüßungsansprachen wurde von fast allen Rednern betont, daß die im „Verband sozialdemokratischer Akademiker" zusammengeschlossenen Akademiker keine Sonderbestrebungen pflegen, sondern Hand in Hand mit allen Parteigenossen für die Ziele des Sozialismus wirken wollen. So führte z. B. Gen. Marx-Heidelberg aus, daß es den Akademikern nicht zustehen kann, in aktuellen Tagesfragen die Stellungnahme der Gesamtpartei zu beeinflussen. Das sei Sache der verantwortlichen Parteiführer. Die Akademiker betrachteten sich als Teil der großen Organisation, ohne besonders Führer sein zu wollen. Politische Führerqualitäten könnten nicht durch akademische Abstempelung gewonnen werden. Es gäbe aber Fälle, wo der politische Führer nicht allein ausreiche. Hier wollen die Akademiker einspringen, sie wollen sich mit Problemen auseinandersetzen zum Besten der gesamten Arbeiterbewegung.

Für den Parteivorstand erklärte Genosse

Hilferding,

er habe es immer begrüßt, daß die sozialdemokratischen Akademiker sich zusammengefunden haben. Gegen etwaige Bestrebungen von Akademikern, als geistige Diktatoren in der Partei aufzutreten, sei die sozialdemokratische Arbeiterschaft durch ihre jahrzehntelange demokratische Entwicklung und Erfahrung gefeit. Geistige Diktatoren zu sein, sei aber nicht die Aufgabe der Akademiker. Diese Genossen müßten an sich selbst arbeiten, sie sollten auf einem besonderen Wissensgebiet etwas leisten, zum Besten der Partei, zum Besten des Gesamtwohls. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß eine Zusammenarbeit von Akademikern und den übrigen Parteigenossen sehr wertvoll sein könne und auch anerkannt würde. Was die Partei brauche, sei eine Vertiefung der Erkenntnis auf allen Gebieten, die mit den Aufgaben der Partei in Beziehung stehen und es sei Aufgabe der Akademiker, hier zu wirken. Der Zusammenschluß der Akademiker könne also wertvoll sein, wenn neue Anregung hier zum Besten des Ganzen durchgearbeitet werde.

Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei Referate, die, wie die Aussprache ergab, außerordentlich umstritten war. Am ersten Osterfeiertag sprach Professor Lederer über

modernen Imperialismus.

Der Redner sieht die größte Gefahr in den außerordentlich kräftigen Expansionsbestrebungen der monopolisierten, kartellierten und vertrusteten Wirtschaft. Gen. Hilferding betonte dazu, daß die Arbeiterschaft, die den Weltkrieg erlebt hat, sich energisch gegen derartige imperialistische Bestrebungen der monopolisierten Wirtschaft zur Wehr setzen wird. In vielen strittigen Fragen konnte keine Einigkeit erzielt werden, da es sich im Rahmen der Tagung als unmöglich erwies, die rein theoretisch zu wertenden Ausführungen Lederers zu klären. Der zweite Feiertag brachte einen Vortrag des Genossen Mennicke:

„Der Sozialismus als sittliche Idee."

Auch dieser rein theoretisch zu wertende Vortrag beschwor eine außerordentlich rege Aussprache herauf. Noch mehr als beim Vortrag Lederer gingen die Meinungen auseinander, zeigte es sich, daß die Ansichten, ob man jetzt, oder überhaupt diese Frage in den Vordergrund schieben soll, sehr geteilt sind. Nicht wenige Redner betonen dabei, daß es überhaupt nicht notwendig sei, diese Frage herauszuheben und besonders zu werten. Auch hier war es nicht möglich, eine Klärung zu erzielen, weil sich die Ansichten direkt entgegenstanden. Beide Vorträge hatten über den Kreis der dort Versammelten hinaus kaum Interesse, weil die strittigen Fragen erst einmal in diesem Kreise behandelt werden mußten.

Nach einem kurzen Geschäftsbericht des Vorsitzenden Marx, der hervorhob, daß die Mitgliederzahl um fast das Doppelte gestiegen ist, beschäftigt sich die Versammlung mit der Aenderung des Namens des Verbandes. Man will einen Namen wählen, der ausdrückt, daß nicht nur Akademiker, sondern auch andere Intellektuelle dem Verband angehören können. Der Punkt wurde bis zur nächstjährigen Versammlung zurückgestellt.

Dagegen wurde ein Antrag Nürnberg: „Der Verband solle die Errichtung einer sozialistischen Hochschule anstreben" dem Vorstand übermiesen, der ihm mit dem Parteivorstand besprechen soll. Mit einem Appell an die sozialdemokratischen Akademiker, in der Partei mitzuarbeiten, fand die Tagung ihr Ende.

Brandstifter Mussolini.

Er verhindert die Einigung im Balkan-Konflikt.

Die Erwartung, daß der jugoslawisch-italienische Konflikt durch das Ergebnis der unter Beteiligung von Rom und Belgrad zwischen London, Paris und Berlin geführten diplomatischen Verhandlungen bald einen zufriedenstellenden Ausgang nehmen würde, hat sich nicht bestätigt. Der Störenfried Mussolini hat es sich plötzlich anders überlegt und bescherte den an den Verhandlungen beteiligten Mächten am vergangenen Sonnabend in Form einer Provokation ein unerwartetes Osterei. Alles schien bereits in bester Ordnung, als er plötzlich in einem speziellen Kommunique alle Verhandlungen mit Jugoslawien über die Auslegung des Paktes von Tirana ablehnte. Der italienische Diktator widerrief damit eine anfänglich gegebene Zusage, und damit wurden auch die Voraussetzungen hinfällig, unter denen die jugoslawische Regierung den auf diplomatischem Wege vereinbarten Versuch einer Verständigung ihre Zustimmung erteilt hat. Jugoslawien hat trotzdem bisher seine Zusage nicht zurückgezogen, und es ist anzunehmen, daß auch seine neue Regierung ohne die Zustimmung der anderen beteiligten Mächte nichts unternehmen wird.

Es war zu erwarten, daß insbesondere die englische Regierung den plötzlichen Stellungswechsel des italienischen Diktators nicht unbeantwortet lassen würde. Denn in erster Linie unter englischem Druck erklärte sich Jugoslawien schließlich bereit, die Nettuno-Verträge, die die Gesamtheit der italienisch-südslawischen Beziehungen umfassen und insbesondere auch die italienischen Siedlungen in Dalmatien betreffen, zu ratifizieren. Als Aequivalent ließ Mussolini dem englischen Außenminister versichern, daß er über die Auslegung des Vertrages von Tirana zu verhandeln bereit ist. Wenige Tage darauf ließ er alles widerrufen. In der Oeffentlichkeit hat sich zwar der englische Außenminister offiziell noch nicht zu dieser sonderbaren Politik der italienischen Regierung geäußert. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die am Dienstag erfolgte Drohung der „Times" im gegebenen Falle mit dem italienisch-jugoslawischen Konflikt den Völkerbund zu befassen auf das Auswärtige Amt in London zurückzuführen ist. Die englisch-italienische Freundschaft der letzten Monate scheint also mindestens vorübergehend gestört zu sein. Auffällig ist jedenfalls, daß sich die englische Regierung plötzlich einem Gedankengang zur Lösung des Konflikts anschließt, der bisher offiziell nur von Belgrad aus in die Debatte geworfen worden ist.

Es ist natürlich eine andere Frage, ob es tatsächlich soweit kommt, daß sich der Völkerbund mit dem italienisch-jugoslawischen Streit befaßt. Alle Völkerbundsstaaten sind davon nicht sehr erbaut, und trotzdem wäre der Völkerbund die einzige Instanz, die bei einigem guten Willen aller beteiligten Staaten den Konflikt leicht aus der Welt schaffen könnte. Also an diesem guten Willen fehlt es insbesondere auf der italienischen Seite, und unter diesen Umständen ist es heute noch nicht abzusehen, wie die gewitterschwangere Luft auf dem Balkan sich eines Tages entlädt. Die Situation ist jedenfalls ernst — darüber täusche man sich nicht.

Neue Regierung in Japan.

London, 19. April. (Eig. Drahtm.) Der Führer der bisherigen Oppositionspartei des japanischen Parlaments, Baron Tanaka, ist am Dienstag von dem Kaiser mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden. Tanaka nahm den Antrag an. Der neue Ministerpräsident war in den verschiedensten Kabinetten der letzten Jahre Kriegsminister. Es wird angenommen, daß die neue Regierung der Bank von Formosa einen langfristigen und hohen Kredit sofort nach ihrer Vereidigung zur Verfügung stellt. Die Meinungsverschiedenheiten über diesen Kredit haben bekanntlich die bisherige Regierung zu ihrem Rücktritt veranlaßt.

Vorläufig hat die Bank von Formosa auf drei Wochen geschlossen.

*

Panik an der Börse.

London, 20. April. (Eig. Funkm.) In Anbetracht der japanischen Kabinettskrise kam es am Montag an der Börse in Tokio zu einer großen Panik und zwar so schlimm, daß die Börse nach halbstündiger Tätigkeit geschlossen werden mußte. Als bekannt wurde, daß Tanaka die Kabinettsbildung übernommen hatte, trat eine leichte Besserung ein. Das Kabinett ist inzwischen gebildet worden.

Der Bund Deutscher Bodenreformer

hielt während der Ostertage seine 31. Hauptversammlung in Schwerin ab. Etwa 80 Körperschaften, 20 Stadtverwaltungen, die Spitzengewerkschaften, die Kriegsbeschädigten, Kleingärtner und Mieter usw. hatten Vertreter entsandt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war durch den Abg. Silberschmidt vertreten, der in einer Ansprache darauf hinwies, daß die Ziele der Sozialdemokratie sich mit denen der Bodenreformer decken.

Der erste Vorsitzende des Bundes Dr. Adolf Damaschke sprach über Bodenreformaufgaben und berichtete über den Kampf um das Bodenreformgesetz und über die Arbeiten des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens. Als nächste Aufgaben stellte er eine Hypothekar-Reform sowie eine grundsätzliche Vereinfachung auf Neugestaltung des Steuerwesens hin. Es müsse eine Steuerart gefunden werden, deren Rückgrat eine Besteuerung des nackten Bodenwertes sein muß. Oberregierungsrat Dr. Hoppe sprach über die Veredelung der Hauszinssteuer. Für eine grundlegende Neugestaltung des deutschen Finanzwesens stellte er folgende Forderungen auf: 1) ein Reichsrahmengesetz über eine Wohnungsbauabgabe in Höhe von etwa 20 bis 30 Prozent der Friedensmiete auf mindestens 5 Jahre; 2) ein Reichsrahmengesetz über eine Gemeindesteuer vom reinem Bodenwert, dazu bestimmt, diese Steuerquelle sozial gerechter und volkswirtschaftlich gesünder auszuschöpfen: Ein Zuschlagsrecht zur Aufwertungssteuer des Reiches solle die selbständige finanzielle Verantwortung der Gemeinde wieder herstellen.

Steuer-Unrecht.

Die Auswirkung des Finanzausgleichs.

Stuttgart, 19. April. (Eig. Drahtb.). Die finanziellen Zuwendungen des Reiches an die süddeutschen Staaten auf Grund des Biersteuergesetzes haben, wie zu erwarten war, nur dazu beigetragen, das Steuerunrecht in den Einzelstaaten noch zu verstärken. Wie das Stuttgarter deutschnationale Blatt zuverlässig erfahren haben will, wird die Württembergische Regierung diese Zuwendungen dazu benutzen, die staatlichen Katastersteuern auf Grund, Gebäude und Gewerbe von 7 v. H. auf 5 v. H., also um 2 v. H. zu senken. Dadurch wird wiederum dem fundierten Besitz ein besondere Vorteil zugewendet, namentlich über der Landwirtschaft, deren Anteil an der Einkommensteuer sehr gering und die von der Gebäudeentschuldungssteuer völlig befreit ist. Die Festbesoldeten, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die bei jeder Lohnzahlung mit dem letzten Pfennig erfaßt werden, haben natürlich wieder das Nachsehen.

Chinesisches Durcheinander.

London, 19. April. (Eig. Drahtber.) Die Entscheidung über den nächsten Schritt der Mächte bezüglich der Beantwortung von Tschen's Note ist noch immer nicht gefallen. Die britische Regierung steht auf dem Standpunkt der Notwendigkeit eines Ultimatums, in dem sofortige Entschuldigung und Wiedergutmachung ohne vorhergehende Untersuchung gefordert wird. Im Falle der Nichterfüllung sollen Sanktionen in Wirksamkeit treten. Die anderen Mächte, insbesondere Japan, nehmen vorläufig den Standpunkt ein, daß ein solches Vorgehen nicht gerade geboten sei. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" erfährt, legt die britische Regierung großen Wert darauf, daß die Strafmaßnahmen lediglich gegen die Regierung in Hankau und nicht gegen die neue Regierung Tschiangkaischeks gerichtet werden. Der Gedanke der Besetzung Nankings, dem Sitze der gegenwärtigen Regierung Tschiangkaischeks, sei deshalb endgültig aufgegeben worden. Im gegenwärtigen Augenblick wird die gewaltsame Wiedereroberung der Konzession Hankau neuerdings ernsthaft erwogen. Als Vorwand soll hierzu die Feststellung dienen, daß das Abkommen bezüglich Hankaus von chinesischer Seite nicht eingehalten worden sei. Man könne möglicherweise in der neugemeldeten Entsendung zweier britischer Kreuzer und des Aeroplanschiffes „Hermes" nach Hankau das Vorspiel für einen solchen Streich sehen.

Die Lage in Kanton

ist völlig undurchsichtig. Während die Berichte aus Hongkong und Schanghai darin übereinstimmen, daß Tschiangkaischeks Freunde und Anhänger die Situation beherrschen und energisch gegen die Kommunisten vorgingen, meldet der „Orient-Preß-Service", daß es „reaktionäre Elemente" seien, welche von Polizei und Militär verhaftet worden seien. In einer Untersuchung über das durch die Prominenten der neuen Nankingregierung durch Tschiangkaischek geschaffene Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern innerhalb der Kuomintagpartei stellt der obenerwähnte Mitarbeiter des „Daily Herald" folgendes fest: „Tschiangkaischek, die Nankingregierung, könne vermutlich auf die Truppen der Provinz Tsekiang, seiner Heimatprovinz sowie auf die Truppen von Fo Kiang sowohl als von Schanghai und Nanking rechnen. Hinzu kommen noch die großen Materiallager, die den im Solde Tschiangkaischeks stehenden Truppen zur Verfügung stehen. Die Hankau-Regierung wird voraussichtlich auf die Truppen Kwangtongs und Honan rechnen, welch letztere unter der Führung des Generals Tsching Tseng stehen, die den Yangtsefluß abwärts marschieren, um Tschiangkaischek anzugreifen. Auch die Provinz Giangsi hat sich gegen Tschiangkaischek erklärt. Allerdings stünden die bedeutenden politischen Führer der Kuomintangpartei hinter der Hankau-Regierung."

Ein Vorkämpfer der polnischen Partei.

Warschau, 19. April. (Eig. Drahtm.) Am Dienstag nachmittag wurde der in der vergangenen Woche verstorbene Chefredakteur des „Robotnik" Dr. Felix Perl zu Grabe getragen. Zehntausend Arbeiter begleiteten den Trauerzug zum Friedhof, wo die Genossen Dawinski, Posener und andere den Verstorbenen am offenen Grabe als Gründer der polnischen sozialdemokratischen Partei und Freiheitskämpfer für die Unabhängigkeit Polens feierten.

Keine Aenderung der Dawesgesetze.

Berlin, 20. April. (Eig. Funkm.) In den letzten Tagen sind von der Rechtspresse wiederholt Meldungen über eine bevorstehende Aenderung der Dawesgesetze verbreitet worden. Amtlich wird hierzu nunmehr erklärt, daß weder der Reichsminister des Auswärtigen noch der Reichsfinanzminister noch eine andere amtliche Persönlichkeit von derartigen Verhandlungen Kenntnis haben.

Die Reichsregierung hat inzwischen das Gesetz über die Biersteuergemeinschaft veröffentlicht und es dadurch rechtswirksam werden lassen. Die preußische Regierung wird trotzdem den angekündigten Einspruch vor dem Staatsgerichtshof erheben. Augenblicklich wird dieser Einspruch im Finanzministerium ausgearbeitet. Es handelt sich darum, ob das Gesetz entgegen der Auffassung der Reichsregierung verfassungsändernd ist oder nicht.

Oberbürgermeister Voigt, der lange an der Spitze der Stadtverwaltung von Frankfurt a. M. gestanden hat und später, nachdem er in Frankfurt nicht wieder gewählt wurde, den Oberbürgermeisterposten der Universitätsstadt Marburg annahm, ist zu Ostern dort beerdigt worden.

Der Präsident der griechischen Republik hat dem Premierminister am Montag seine Demission übermittelt. Auf Drängen des Ministers hat er sich aber schließlich bereit erklärt, sein Amt vorläufig noch weiter zu versehen.

Gnadengesuch für Klems. Wegen des Todesurteils gegen den früheren Fremdenlegionär Klems, den ehemaligen Stabschef Abd el Krims, ist ein Gnadengesuch der Mutter des Verurteilten durch die deutsche Regierung an die französische Regierung geleitet worden.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegungen bei den Reichsverwaltungen.

Der augenblickliche Stand der Lohnbewegungen der Arbeiter bei den Reichsverwaltungen ist folgender: Bei der Reichspost: Nach einer am 13. 4. getroffenen Vereinbarung werden die Löhne der Reichspostarbeiter ab 1. 4. 1927 um 4 Pfg., ab 1. 10. 1927 um 1 weiteren Pfennig erhöht. Diese Löhne gelten fest bis zum 31. 3. 1928. Die Löhne sind in Wochenlöhne umgewandelt und zwar unter Zugrundelegung der 51-Arbeitsstundenwoche ohne Rücksicht auf eine im Rahmen von 48 Stunden — 54 Stunden tatsächlich geleistete Arbeit. — Bei der Reichbahn: Der am 8. 4. im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch, welcher die Löhne der Reichsbahnarbeiter ab 1. 4. 1927 um 4 Pfg. und ab 1. 10. 1927 um 1 weiteren Pfennig bis zum 31. 3. erhöhte, ist nach Ablehnung seitens der Reichsbahnverwaltung auf Antrag der Eisenbahnergewerkschaften am 14. 4. durch den Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. — Bei den Reichsverwaltungen: Die Reichsregierung hat ihr ursprüngliches Angebot einer Erhöhung der Löhne der Reichsverwaltungsarbeiter von 4 Pfg. für die Zeit vom 1. 4. 27 bis zum 31. 3. 1928 in einer Verhandlung am 14. 4. insoweit erhöht, als sie ab 1. 10. 1927 bis 31. 3. 1928 eine weitere Erhöhung um 1 Pfennig zugestanden hat. Die Verhandlungen sind gescheitert und werden am 20. 4. fortgesetzt.

Kleine Chronik.

Die Ueberschwemmung in Amerika.

Das Hochwasser des Mississippi hat während der Osterfeiertage noch weiteren Umfang angenommen. Das Wasser bedeckt in den nordamerikanischen Staaten Illinois, Missouri, Arkansas und Tennessee über 100 000 Hektar Landes, sodaß über 20 000 Familien obdachlos geworden sind. Der Sachschaden wird auf mehrere Millionen Dollar veranschlagt. Zahlreiche Personen sind in den Fluten umgekommen.

Auch das Gebiet von Neu-Südwales ist während der Ostertage von starken Unwettern heimgesucht worden. Große Verheerungen wurden durch einen mit starkem Regen begleiteten orkanartigen Sturm angerichtet. Durch umstürzende Bäume und herabfallende Steine wurden 6 Personen getötet. Fernsprechleitungen und selbst die Stromleitung der Straßenbahn wurde durch die Gewalt des Sturmes zerstört. Bei der Insel Gabo ist der 5000 Tonnen-Dampfer „Riverina" durch den Sturm auf Klippen geschleudert worden. An Bord des Schiffes befinden sich 142 Personen, darunter viele Frauen und Kinder. Einstweilen konnten weder Rettungsboote noch größere Schiffe infolge zu hohen Seegangs an das gestrandete Schiff herankommen. Das Schiff selbst gilt als verloren, doch hofft man die Passagiere retten zu können.

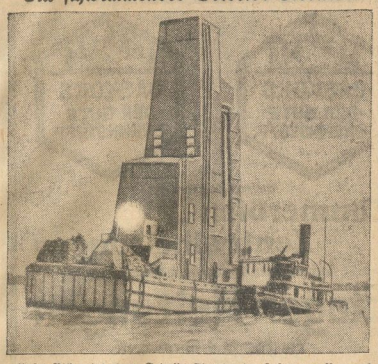
Glücklicher Gewinner. Den Hauptgewinn von 50 000 Mark der Kriegshinterbliebenen-Lotterie hat ein erwerbsloser Familienvater von 6 Kindern in Dortmund gewonnen.

Großfeuer. Am 1. Osterfeiertag vernichtete ein wahrscheinlich durch Kurzschluß entstandenes Feuer in Hamborn ein Wohnhaus bis auf die Umfassungsmauern. Ein im ersten Stock befindliches Mädchen sprang auf die Straße und erlitt schwere Verletzungen.

Gräberschändung. In der Nacht vom Karfreitag auf Sonnabend wurden auf dem israelitischen Friedhof in Mörs (Rheinland) etwa 28 Grabsteine umgeworfen und zum Teil zertrümmert. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270421-12/fragment/page=0002

Ein schwimmender Getreide-Elevator.



Unser Bild zeigt einen Getreide-Elevator im Hafen von Newyork, der zur Löschung solcher Schiffe dient, die wegen ihres Tiefgangs nicht zu den Hafenspeichern herankommen können. Der Elevator wird vermittels eines kleinen Dampfers an die großen Schiffe und von dort zu den Speichern geschleppt.

Rosa Sucher gestorben.

Sie war einst so berühmt, und sie wurde so gefeiert, daß die Warnung erhoben werden konnte: „Der Mensch vergöttere die Sucher nicht!" Aber wie das nun einmal so ist, die ausübenden Künstler, die von der Oeffentlichkeit zurücktreten, sind allzu bald aus dem Gedächtnis ihrer Zeitgenossen geschwunden. So konnte die Sucher 28 Jahre lang im Ruhestand leben, ohne daß die Welt sich um sie kümmerte; und manch einer, der sie noch in ihrer Blütezeit erlebt hatte, wird sich bei der Nachricht von ihrem Tode erstaunt fragen: Ja, lebte die Sucher denn noch?

Es hat niemals eine größere Wagnersingerin gegeben als Rosa Sucher. Zusammen mit ihrem Gatten, dem genialen Kapellmeister Josef Sucher, feierte sie ihre riesenhaften Triumphe von 1878 bis 1888 in Hamburg und weitere 10 Jahre in Berlin. Innerhalb der 20 Jahre war sie auch der Glanzpunkt Bayreuths. 1899 zog sie sich ganz von der Kunst zurück und lebte seitdem in voller Abgeschiedenheit im Rheinlande.

Zwölf Jahre Zuchthaus für den „Meisterdieb" Barbe. In dem Prozeß gegen den Meisterdieb Barbe, der vor der Breslauer Strafkammer während 12 Tagen verhandelt wurde, ist am Dienstag das Urteil gefällt worden. Barbe erhielt wegen 241 einfachen, 26 schweren, 42 einfachen Rückfalls- und 24 schweren Rückfalls-Diebstählen 12 Jahre Zuchthaus. Seine mitangeklagten Hehler und Hehlerinnen erhielten Strafen von drei Monaten Gefängnis bis zwei Jahren Zuchthaus. Zahlreiche Eigentumsvergehen, die Barbe gleichfalls zur Last gelegt wurden, gelten als nicht erwiesen. Der Verurteilte bekleidet sich jedoch vor, mindestens noch weitere 1000 Diebstähle einzugestehen, die er angeblich alle in Schlesien verübt haben will.

Eifersuchtstragödie in Berlin. In Berlin-Friedrichsfelde spielte sich am Dienstag vormittag ein blutiges Ehedrama ab. Der 36 Jahre alte Musiker Martin Adler durchschnitt seiner Frau im Laufe einer Eifersuchtsszene die Gurgel. Auf die Hilferufe der Frau riefen Haushewohner das Ueberfallkommando herbei. Die Polizeibeamten fanden die Frau bewußtlos in ihrem Blute vor. Der Mann war gerade im Begriff, der Frau weitere Messerstiche zu versetzen. Er wurde festgenommen, die Frau mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus gebracht.

Tödlicher Absturz. Der während der Feiertage in Berlin zu Besuch weilende 20 Jahre alte Schneider Willy Siewert aus Waldow bei Lübben ist am Dienstag mittag aus der im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung seiner Verwandten auf die Straße gestürzt und war sofort tot.

Jugendlicher Mörder. Im Krankenhaus in Suechtlen (Rheinland), durchschnitt ein 18jähriger Bursche einem 71jährigen Manne die Kehle. Er hatte dem Greise vorher 60 Reichsmark gestohlen. Der Täter konnte verhaftet werden.

Der große Warenhauskonzern Tietz hat in Charlottenburg zwei weitere Häuser erworben. Das eine dieser Häuser soll später zur Verkaufsstelle gemacht werden, während das andere als Verkäuferinnenschule benutzt werden soll.

Großer Diebstahl zu Ostern. In Berlin wurden, wie erst jetzt festgestellt werden konnte, während der Osterfeiertage in einem Stoffgeschäft in der Heiligengeistsstraße für 52 000 Mark Teppiche gestohlen. Vorher öffneten die Einbrecher gewaltsam den Geldschrank, ohne jedoch auf ihre Kosten zu kommen.

Vor etwa 7 Jahren, am 18. Mai 1920, wurde auf Rügen ein Obermatrose ermordet aufgefunden. Diese Mordtat konnte bisher nicht aufgeklärt werden. Vor einigen Tagen stellte sich nun ein junger Mann namens Bittelsbacher, der angab, den Mord verübt zu haben. Er gab eine so genaue Schilderung der Tat, daß kaum mehr daran gezweifelt werden kann, daß er der Mörder ist.

Einsturz eines Fabrikgebäudes. In Limburg i. Sa. stürzte während der Nacht der hinter dem Verwaltungsgebäude gelegene ältere Teil der Maschinenfabrik Ernst Saupe ein. Der Schaden ist bedeutend. Der Betrieb muß vorläufig in diesem Teil des Unternehmens eingestellt und die Arbeiterschaft auf etwa acht Tage beurlaubt werden.

Von einer Granate zerrissen. In Langemark in der Nähe von Ypern versuchten zwei Arbeiter die Kupferteile von Artilleriegeschossen zu entfernen, die sie auf dem ehemaligen Schlachtfelde gefunden hatten. Eine Granate explodierte. Die Körper der beiden wurden vollständig zerrissen und in die Luft geschleudert, ein dritter Arbeiter erlitt eine Verletzung durch Splitter und starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus an innerer Verblutung.

Doppelmord. Am Sonnabend wurden in Chemnitz die 82jährige Witwe Fichtner und ihre ledige 58jährige Tochter ermordet aufgefunden. Raubmord kommt anscheinend nicht in Frage. Ein Verwandter der Ermordeten wurde als tatverdächtig festgenommen.

Schwerer Autounfall. Am 1. Osterfeiertag früh ereignete sich unweit Danzig ein schwerer Autounfall. Ein Schmiedemeister, der sich in Begleitung von weiteren fünf Personen befand, durchfuhr im schnellen Tempo die Kurve. Das Auto geriet ins Schleudern und fuhr gegen einen Chausseebaum. Drei männliche Insassen des Autos wurden leicht verletzt. Drei Frauen erlitten schwere Kopfverletzungen, davon eine lebensgefährlich.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Stahlhelm in Berlin.

Berlin, 20. April. (Eig. Funkm.) Anläßlich des am 7. und 8. Mai in Berlin stattfindenden Stahlhelm-Tages ist für die Berliner Schutzpolizei, die politische Polizei und die Kriminalpolizei höchste Alarmbereitschaft angeordnet worden.

Selbstmorde in Berlin.

Berlin, 20. April. (Eig. Funkm.) Am Dienstag wurde in einem Teich bei Königswusterhausen die Leiche des 49jährigen Lohnbuchhalters Richard Krega aus Berlin gefunden. Die Taschen seines Anzuges waren mit Steinen beschwert. Krega hat den Selbstmord begangen, nachdem größere Unterschlagungen, die er sich im Laufe des letzten Jahres zu Schulden kommen ließ, aufgedeckt worden waren. — In seiner Wohnung in der Perleberger Straße zu Berlin schoß sich am Dienstag abend der 30 Jahre alte Schneidermeister Speer eine Kugel in die Brust. Der Grund dieser Verzweiflungstat ist darin zu suchen, daß sein Geschäft vor einigen Tagen völlig ausgeraubt wurde. Da der Schneidermeister nicht versichert war, wurde ihm damit seine Existenzmöglichkeit genommen.

Schlägerei mit Kommunisten.

Hamburg, 20. April. (Eig. Funkm.) Bei dem Rücktransport der Berliner Kommunisten, die in einem in den Osterkagen in Hamburg veranstalteten kommunistischen Reichsjugendtag teilgenommen hatten, fuhr ein mit 50 Personen besetzter Lastkraftwagen in der Nähe von Mölln in einer entgegenkommenden Abteilung des Reitervereins. Es kam sofort zu einer Schlägerei, wobei eine Person schwer und mehrere andere durch Steinwürfe leicht verletzt wurden. Der Zusammenstoß dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Großer Papiergeldschwindel in Paris.

Paris, 20. April. (Eig. Funkm.) Die Bank von Frankreich ist einem großen Papiergeldschwindel auf die Spur gekommen. Angeblich sind sehr hohe Gesellschaftskreise und einige Ausländer in die Affäre verwickelt. Es soll sich hauptsächlich um den Vertrieb gefälschter Hundert-Franksscheine handeln.

Zur Lage in China.

London, 20. April. (Eig. Funkm.) Eine hier vorliegende Meldung aus Schanghai besagt, daß die Südregierung in Hankau an Stelle des abgesetzten (?) Generals Tschiankeischek den „christlichen General" Feng ernannt hat. Es wurde gleichzeitig dem zum Unterführer ernannten General Feng aus der Provinz Honan der Auftrag erteilt, sofort eine Offensive gegen Tschiangkeischek einzuleiten.

Inzwischen haben zwei weitere englische Kreuzer Befehl erhalten, sich so schnell wie möglich nach Hankau zu begeben. Weitere Schiffe haben den Auftrag, ebenfalls sich für eine Fahrt nach Hankau vorzubereiten. Auch die anderen Mächte haben die Entsendung mehrerere Kriegsschiffe in die Gewässer um China zugesagt.

Im Schneesturm umgekommen. Fünf Studenten der norwegischen technischen Hochschule wurden am Sonnabend bei einer Skitour in den Storefjelden von einem Schneesturm überrascht. Ein Student ist dem Schneesturm zum Opfer gefallen, ein anderer wird vermißt.

Eine Straßenbahn überfährt spielende Kinder. In eine Gruppe spielender Kinder fuhr am Sonntag in Castrop ein Straßenbahnzug. Mehrere Kinder wurden verletzt. Von zwei schwerverletzten Kindern, die dem Krankenhause zugeführt worden waren, starb das eine, das andere schwebt in Lebensgefahr.

Tödlicher Boxkieb eines Dreizehnjährigen. Bei einem freundschaftlichen Boxkampf, der in Berlin in einem Hausflur ausgetragen wurde, erhielt ein 17jähriger Arbeiter von einem 13jährigen Schüler einen so heftigen Schlag gegen die Brust, daß er besinnungslos zusammenbrach. Auf der Rettungswache konnte nur noch der Tod des Arbeiters festgestellt werden.

Stadt-Theater.

Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag:

Götterdämmerung.

Von R. Wagner.

Der Kreis der Gedanken schließt sich: Wotans Herrschaft geht zu Ende; das Rheingold, das fluchbeladen jeden seiner unrechtmäßigen Besitzer ins Unglück stürzt, fällt an die Rheintöchter zurück; der Ring wird wieder ihr Eigentum. Die Kette der äußeren Ereignisse, so kurz sie verhältnismäßig ist, wird nur verständlich, wenn man den ganzen Gedankenlauf Wagners miterlebt, wenn man mit ihm pessimistisch zu denken vermag. Es ist zwar auch hier, wie bei vielen seiner Themen, der Gedanke der Erlösung führend, aber es ist eine Erlösung ins Nichts hinein, nicht ein Eingehen zur Höhe und zum Triumph. Jeder wird schuldig, der in diesem Drama eine führende Rolle spielt, jeder ist erlösungsbedürftig, jeder aber auch durch seine Schuld so belastet, daß er nicht Herrscher sein darf. Ein gewaltiger Ring voller philosophischer Tiefe ist hier durch Wagner geschmiedet worden, gewaltig ist auch sein Aufgebot an Mitteln, um die Absicht klar verständlich zu machen. Ist ihm das gelungen? Das ist eine Frage, die nach einer „Ring"-Aufführung berechtigt ist, und zwar heute mehr als einst; denn der Streit um Wagner hat der Anerkennung Platz gemacht. Diese Tatsache läßt die gestellte Frage paradox erscheinen; denn anerkannt wird doch gemeinhin dasjenige, dessen Güte über dem Zweifel steht. Und doch ist die Frage berechtigt; denn die Zeit ist seit dem Schlußstrich in Wagners Partitur gewaltig fortgeschritten. Damit ist gesagt, daß seine Mittel der Darstellung nicht mehr die heutigen sind. Aber mehr als das: Seine Philosophie ist nicht unsere Philosophie, seine romantische Gedankenwelt ist nicht unsere. Damit ist freilich nicht gesagt, daß er für uns geringer an Wert geworden ist. Aber das eine ist damit unzweifelhaft festgestellt, daß es heute schwerer ist, den Weg zu ihm zu finden als vor einem Vierteljahrhundert und früher. Dazu gesellt sich noch die enorme Belastung des Gegenwartsmenschen durch wirtschaftliche und geistige Nöte mancher Art. Das alles ist nicht günstig für einen so gewaltigen Aufwand, wie ihn der „Ring" erfordert. Umso höher ist der Mut zu bewerten, den Intendant Eugen Teuscher mit der Inszenierung bewiesen hat. Wir stehen am Ende des gewaltigen Werkes. Zum erstenmal ist der gesamte „Ring" in Halberstadt aufgeführt worden. Schon einmal war der Gedanke gefaßt: Direktor Meißner wollte 1911 das Werk aufführen. Es kam nicht dazu aus mancherlei Gründen. Seitdem sind 16 Jahre vergangen — und erst jetzt glückte der Wurf. Diese Tatsache bedeutet schon ein Lob unseres Bühnenleiters, noch mehr jedoch die Art und Weise, wie die Aufgabe gelöst worden ist. Es hieß immer wieder, sich einzuschränken und hauszuhalten, und doch befriedigte das szenische Gewand, ja, es erreichte in der „Götterdämmerung" fesselnde Größe. Und die Führung der Handlung war des Werkes würdig. So kann Intendant Teuscher für sich einen vollen Erfolg buchen. Schade, daß man die bewilligungsfeindlichen Stadtväter nicht zwangsweise in die „Götterdämmerung" führen kann! Ebenbürtig neben dem szenischen Leiter steht Kapellmeister Hanns Clemens. Was ihm aus ganzvoller Zeit unseres Theaters hilfreich zur Seite stand, ist für das Gelingen belangloos. Für ihn hieß es, sich selbst bis zum äußersten einzusetzen. Das ist in vollem Maße geschehen. Es gab für den musikalischen Leiter genug der Reibungsflächen, genug der widerwärtigsten Hemmnisse. Sie wurden gemeistert und bezwungen. Es gilt hier nicht, Einzelheiten zu werten, sondern die Gesamtleistung zu würdigen. Und da gibt es nur eins: Laute Anerkennung. Julius Jandat sang den Siegfried in guter Form. Die Stimme gewann zusehends an Kraft und Ausdrucksfähigkeit, das frische Spiel entsprach dem Geist der Rolle. Ein prachtvoller Gegenspieler war Josef Immendorf als Hagen. Maske, Spiel und Gesang packten gleichermaßen — eine Meisterleistung. Werner Kius sang die undankbare Rolle des Gunter mit ehrlichem Bemühen, ohne jedoch sonderlich zu fesseln. Nach dem Wotan ist diese Rolle ein Abstieg, mitverschuldet durch die schwache Mimik und die hängenden Hände. Stefan Stein gab dem Alberich klangreichen Ausdruck. Als Brünnhilde sahen wir Clarissa Doerstedt, die ihre Rolle mit kraftvollem Gesang und belebtem Spiel durchführte. Die Darstellerin ist mit dem Gedanken des Werkes gewachsen und verdient hohe Anerkennung. In Sophie Schneider fand Gutrune eine ansprechende Verkörperung, die der Sieglinde ebenbürtig ist. Gerda Heuer erfreute als Waltraute und Floßhilde, Elisabeth Schwarz als dritte Norne und als Woglinde, die übrigen Rollen waren mit Gertraud Schütz, Eva-Maria Ries und Ruth Schöbel gut besetzt. Der Chor trat klangvoll auf und bewies szenisches Verständnis. Das Orchester, dem eine physisch sehr schwere Aufgabe zugewiesen ist, hat in der „Götterdämmerung" einen Höhepunkt erreicht, wie wir ihn öfter gewünscht haben. Zwar blieben Wünsche offen z. B. im Trauermarsch beim Tode Siegfrieds, aber man darf der Gesamtleistung nicht die Anerkennung versagen. Auch hier mischt sich in die Freude ehrliches Bedauern darüber, daß für die Zukunft so wenig zu hoffen ist. Es ist schlechterdings nicht zu verstehen, daß in finanziell maßgebenden Kreisen so wenig Verständnis für Musik zu finden ist. Wollen wir tatenlos zusehen, wie unsere Nachbarstädte uns in der Musikkultur überflügeln?

Guter Besuch und stärkster Beifall lohnte die Mühen. W. H.

Soz. Arbeiter-Jugend

Halberstadt. Alle Jugendgenossen, welche beim Frühlingsfest mittanzen, treffen sich heute abend pünktlich ½7 Uhr, die Spieler zu den Till-Eulenspiegelschwänken pünktlich 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Nichtmitspieler haben keinen Zutritt.

Sport.

Arbeiter-Schachklub. Umständehalber ist der Spielabend für diese Woche auf Mittwoch verlegt.

Amtliche Wetternachrichten.

ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ⊘ bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, K Gewitter, A Graupeln, ▲ Hagel, O Stille, ○ sehr leicht, ○ leicht, ○ schwach, ○ mäßig, ○ frisch, ○ stark, ○ steif, ○ stürmisch, ○ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Isolaren (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag abend.

Das neue Tief bei Island hat nach Osten und Süden hin an Ausdehnung gewonnen. In Wechselwirkung mit dem hohen Druck, dessen Kern jetzt auf dem Ozean südwestlich der Britischen Inseln liegt, veranlaßt die Zufuhr milder ozeanischer Luft nach Deutschland hin. Die Temperatur hat überall zugenommen. In den südwestlichen Landesteilen wurden Abendwerte bis zu 17 Grad beobachtet. Da die Ausläufer des neuen Tiefs unseren Bezirk nur streifen dürften, so sind für die nächste Zeit keine nennenswerten Niederschläge zu erwarten.

Aussichten: Bei lebhaften westlichen Winden wolkiges, milderes Wetter ohne nennenswerte Niederschläge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270421-12/fragment/page=0003

Nachruf.

Am 16. April 1927 verstarb durch Unglücksfall in Hornburg die Gemeindeschwester

Toni Böttner

die seit 8 Jahren im Dienste der Stadt Halberstadt stand. Sie hat ihren schweren Dienst mit Eifer ausgeführt und eine segensreiche Wirksamkeit zum Wohle der Kranken in der Stadt entfaltet. Ihr Wirken und ihre guten Eigenschaften sichern der Dahingeschiedenen bei uns ein ehrenvolles Andenken.

Halberstadt, den 19. April 1927.

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

16. Juni 1927, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle (Petershof), Zimmer Nr. 7 versteigert werden, die dem Ehemann **Adolf Spillker** gehörige ideelle Hälfte des im Grundbuche von Halberstadt, Band 16, Blatt Nr. 675 eingetragene Eigentümer am 29. März 1927, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes die Eheleute Arbeiter **Adolf Spillker** und **Auguste** geb. **Schormann** in Halberstadt je zu 1/2 eingetragenen Hausgrundstücks Hupstraße Nr. 33 mit Hofraum und Hausgarten, Gemarkung Halberstadt, Kartenblatt 37, Parzelle 75, 2.22 ar groß, Grundsteuermutterrolle Art. 2335, Nutzungswert 822 Mk., Gebäudesteuerrolle Nr. 1010.

Halberstadt, den 12. April 1927.

Preuß. Amtsgericht, Abt. 4.

Der Obersteuersekretär **Hermann Kulle** beabsichtigt, auf seinem **Grundstück hinter der Sternwarte** ein Zweifamilienhaus zu errichten. Gemäß § 16 des Ansiedlungsgesetzes vom 10.8.1904 (G. S. S. 227) wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß gegen den Antrag auf Erteilung der Ansiedlungsgenehmigung von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen vom **21. April d. Js. ab bei der Polizeiverwaltung hier** Einspruch erhoben werden kann, wenn dieser sich durch Tatsachen der im § 15 des Gesetzes bezeichneten Art begründen läßt. Die Unterlagen über das Bauvorhaben liegen während obiger Frist im **Stadtbauamt, Zimmer Nr. 6** aus.

Halberstadt, den 16. April 1927.

Der Magistrat.

Städt. gewerbliche Berufsschule.

Berufsschulpflichtig sind alle männlichen und weiblichen gewerblich Arbeiter (Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter, ungelernte Arbeiter) bis zum Ablauf des Schuljahres, in welchem das 17. Lebensjahr vollendet wird. Die Schulpflicht erstreckt sich auch auf solche Arbeiter, Lehrlinge und Angestellte, die nur auf Probe angenommen sind.

Die Neuaufnahmen finden statt:

a) für Schüler **am Donnerstag, den 21. d. Mts., vormittags 10—12 und nachmittags 3—5**

b) für Schülerinnen **am Freitag, den 22. d. Mts., vorm. 10—12 und nachm. 3—5**

Die neueintretenden Schüler und Schülerinnen haben sich (auch wenn sie noch keine Lehrstelle gefunden haben) zur angegebenen Zeit im Schulhause Gleimstraße 8 **persönlich** einzufinden und dem Direktor das Schulentlassungszeugnis vorzulegen.

Halberstadt, den 12. April 1917.

Der Magistrat.

Die Finanzkasse bleibt künftig Mittwochs geschlossen.

Halberstadt, im April 1927.

Finanzamt.

Schlachthof-Freibank Donnerstag von 8 bis 10 Uhr Rind- und Schweinefleisch.

Johannisgemeinde.

Die Anmeldung der Konfirmanden wird Donnerstag, den 21., Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. April, nachmittags von Oberpfarrer Hardt, Westendorf 7a, von Pastor Sänger, Richard Wagnerstr. 61, I angenommen, von Pfarrer Schulz dagegen vom 29. April an Westendorf 20.

Stadtpark

Werbe-Tage für unsere Blinden

vom 23. bis 25. April.

AUSSTELLUNG

von Lehr- u. Lernmitteln für Blinde!

Blinde beim Schreiben und Lesen auf Tafeln und an Maschinen! Blinde Handwerker bei der Arbeit! Sachgemäße Erklärungen.

Sonntag, den 24. April:

Musik-Aufführung

des gemischten Chores der Provinzial-Blindenanstalt Halle/S.

Mitwirkung:
Ella Fiedler u. Helene Neuhaus (Duettgesang).
Vortrag über Blindsein und Blindenfürsorge.

Eröffnung der Ausstellung:
Sonnabend, den 23. April, 11 1/2 Uhr vormitt.

Programme zum Eintritt à 1.— R.-M.: Stadtpark, Bürstenwarengeschäft P. Woldmann, Hoheweg.

Heute Mittwoch frisch geschlachtet

Empfehle: **Stichfleisch, Gehacktes, Rotwurst, Leberwurst, gr. Bäckergrieben** usw.

Wilhelm Palm, Schuhstraße.

Voranzeige
der Turn- und Sport-Vereinigung Thale

Zu der am **Sonnabend, den 14.** und **Sonntag, den 15. Mai** stattfindenden

Turnhallenweihe

verbunden mit

25 jähr. Gründungsfeier

weisen wir schon jetzt darauf hin.

Der Fest-Ausschuß.

Lernt Reichskurzschrift!

Sie führt zur Einheit auf kurzschriftlichem Gebiet. Sie ist über das ganze deutsche Sprachgebiet verbreitet. Der „Deutsche Stenographenbund" ist mit seinen über 100000 Mitgliedern die größte stenographische Vereinigung. Die Höchstleistung ist genau wie bei Stolze-Schrey 440 Silben in der Minute. Unser neuer Anfängerlehrgang beginnt am **Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 8 Uhr,** im **Zimmer 28 der Roonschule.** Meldungen an Oberschullehrer **Herold, Roonstraße 23, 2 Tr.**

Verein für Einheitskurzschrift,
Halberstadt.

Gründlicher Unterricht im Zuschneiden u. Nähen

jeder Art von Kleidung und Wäsche.

Frau G. Reicher, Fach-Meisterin, Grudenberg 10.

כשר

Donnerstag, 9 1/2 Uhr ab

Fleisch-Verkauf

Adolf Ebeling,
Voigtei 28/30,
Tel. 1904. Tel. 1904.

Kräftige

Gemüsepflanzen

(auch Sellerie) empfiehlt

Gustav Vogel
Gärtnerei am Goldbach

Zur Frühjahrs-Bepflanzung!

Empfehle in reichhaltiger Auswahl

Obstbäume u. Sträucher

sowie alle Arten **von Dauer-Gewächsen und Rosen-Neuheiten** in den schönsten Sorten und Farben.

Vorrätig sind noch:

Kräftige Kohlpflanzen in nur ausgesuchter Sorte

Ad. Richard jun.,
Am Berge 2.

Kräftige

Gemüsepflanzen

Frühjahrsblumen wie:
Goldlack, Nelken, Primeln usw., immerwährende Blumenstauden, Dahlienknollen und Gladiolenzwiebeln
empfiehlt

H. Timmroth,
Gartenbaubetrieb,
Wegeleberweg.

Kräftige, abgehärtete

Gemüsepflanzen

Kopfsalatpflanzen
Blumenkohlpflanzen
(aus Töpfen)
Spargelpflanzen
Allerlei Blütenstauden
Fliegendes Herz, Nelken, Primeln, Tausendschön usw.

Dahlien-Knollen
in schönen Farben
empfiehlt preiswert

Gärtnerei Weber
Radahne 2.

BETTEN

Holzbetten
eiche, nußbaum birke, weiß gem. 95.00

Metallbetten
Ia weiß 19.00

Kinderbetten
Holz u. Metall 27.00

Bequeme Teilzahlung
10% Kassen-Rabatt!!

Fabriklager:
Gust. Behrens,
Hoheweg 47, Fernruf 1229

GASKOKS DER GUTE BRENNSTOFF

GASKOKS DER GUTE BRENNSTOFF

bestens bewährt für

Zimmeröfen und Zentralheizungen

Insbesondere für die jetzt bevorzugten

Etagen-Heizungen

Vorrätig in 4 Körnungen

Lieferung ab Gaswerk oder zur Lagerstelle, lose oder in Säcken, in jeder Menge

Städt. Gaswerk

Fernruf Nr. 2061 und 2062

Hühneraugenpflaster

auf grünem Samt,
Hühneraugencellot
Rats-Apotheke.

Flüssiges

Hühneraugenmittel,

auch gegen harte Haut
Flasche 60 Pfg.
F. C. Günther, Drogerie

2 u. Monate alte schöne **F. R. S.-Hähnen** zu verkaufen. Sackstr. 10.

Kinderbett

zu kaufen gesucht. Evtl. Tausch gegen gr. Metallbettstelle. Wo? sagt die Geschäftsst. dsz. Zeitung.

Br. Schulmappe (Leder) fast neu, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

Chaiselongue
sehr billig zu verkaufen
Lieberkühnstraße 10 o.

Sprechapparate

Ersatzteile dazu,
Schall-Platten
in großer Auswahl
zu haben bei
Wilh. Krebs
(Bruno Bendix Nachf.)
Musikalienhandlung
Breitenweg 63
Fernruf 1654.

Warne hiermit jeder mann, meiner Frau Anna Krebs geb. Sorge auf mein. Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste.

Heinrich Krebs jun.

Mein Geschäft und Wohnung befindet sich von heute ab

Westendorf 6.

Rufnummer wie bisher 1396.

E. Bosse, Dachdeckermeister.

Flügel, Pianinos, Möbel!

werden sachgemäß repariert und aufpoliert.
Parkettfußböden werden gereinigt
Anfertigung aller Art Tischlerarbeiten
Reparaturen auch die kleinsten, in und außer dem Hause, fertigt bei billigsten Preisen

BRUNO SURMA
Dominikanerstraße 3.

Husten-Balsam-Magata

ein vorzügl. Heilmittel gegen Erkrankungen der Atmungsorgane, Husten usw.

Zu haben:

Rats-Apotheke.

Reines Pflaumenmus

(Hausmacher Art) ein vorzüglicher gesunder Brotaufstrich, Pfund nur 50 Pfg.

Asmussen & Wenzl, H. d. Richthaus 6.

Kanin-Hasen-, Ziegen-, Wildfelle

kauft zu höchstem Tagespreis

Fellverwertung Beguinenstr. 11

Saatkartoffeln

Altmärker Originalsaaten, frühe und mittelfrühe Sorten, empfiehlt preiswert.

Samenhandlung Biege
Voigtei 11.

denn sie verwenden nur **PILO** in der schwarzen Dose als Schuhpflegemittel.

Schon im Gebrauch ist PILO sparsam;

denn die einzigartige Konsistenz der PILO-Paste ermöglicht ein hauchdünnes Auftragen.

Die größte Sparsamkeit erzielen Sie aber am Schuh selbst:

denn PILO putzt nicht nur – sondern pflegt jeden Schuh, sodaß er viel länger ein tadelloses Aussehen behält.

Sparen Sie auch! Kaufen Sie nur noch

27/7 **Pilo** in der schwarzen Dose

Aus Wernigerode

Oeffentliche Bekanntmachung.

Betr. Grundvermögensteuer.

Das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen ist bis zum 31. März 1928 verlängert worden. Demgemäß ist die haftliche Grundvermögensteuer in der bisher veranlagten Höhe für das Rechnungsjahr 1927 zu den bisherigen Zahlungsterminen weiter zu entrichten. Für die dauernd landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücke mit einem Gesamtsteuerwert (Ergänzungssteuerwert 1917/19) von mehr als 200000 Mk. tritt eine Aenderung der Steuer mit Wirkung ab 1. April 1927 ein, worüber den Eigentümern dieser Grundstücke ein besonderer Steuerbescheid zugestellt werden wird.

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses.
Preußisches Katasteramt. Gruzdorf.

Veröffentlicht:
Wernigerode, den 19. April 1927.
Der Magistrat. Dr. Gepel.

Wegen Kanalisationsarbeiten wird die Ottostraße von der Markt- bis Burgstraße vom 21. April ab gesperrt.

Die Polizei-Verwaltung.

Drucksachen liefert schnell **Harzer Volksstimme**

Billige Rest- u. Einzelpaare

Schwarze Damen-Schnürstiefel
Nr. 40 und 41, das Paar nur . . **11.00** Mk.
Schwarze Damen-Halbschnürschuhe
Nr. 42, das Paar nur . . . . . **8.00** Mk.

Karl Gerlach, Schuhmacher, Hinterstraße 40

Mittwoch und Donnerstag
6 Uhr und 1/2 9 Uhr

Das fabelhafte deutsche Doppelprogramm:

Der Mann . . .
mit der falschen Banknote
Ein Spiel von Liebe und falschen Banknoten

Die Heiratsfalle
Eine Komödie in 6 Akten

Der Wetter-Winkel Europas
Deulig-Welt-Wochenberichte

Schloß-Lichtspiele

Zur

Frühjahrs-Gartenarbeit

empfehlen wir unsere

Spaten · Harken · Hacken
Gießkannen, Schaufeln, Gartenkarren
Wasserfässer, Pumpen
Blumen-Kästen · Beet-Einfassungen
und sonstigen Geräte

Halberst. Eisen- u. Blechwaren-Industrie
G. m. b. H., Friedrichstraße 2.

Saatbohnen!

Hinrichs Riesen ohne Faden
Kaiser Wilhelm . . . . .
garantiert rein, sehr ertragreich

gebe Gartenfreunden, Kleingärtnern etc. zum billigsten Preise ab. Zu beziehen durch **Herrn Fülle, Walter Rathenaustraße 48, II, r.**

Feldgarten-Verein „Klus".

Zur jetzt beginnenden Pflanzzeit!

Alle Sorten

Gemüse- u. Blumensamen

in Ia starker, abgehärteter Ware. Ferner:

Sommerblumen-Samen

in bekannt bester Qualität.

W. Bürger, Gartenbaubetrieb,
Gärtnerei am Kloster 7/9,
Stadtgeschäft Fischmarkt 12 (Ecke Hoheweg).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270421-12/fragment/page=0004

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt. Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treit, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 92. Donnerstag, 21. April 1927. 2. Jahrgang.

Riesebergs Heldenstück.

Wie der deutschnationale Quedlinburger Bäckermeister im Reichstag die Arbeiter beschimpft.

Die Berichte, welche die Zeitungen von den Reichstagssitzungen bringen können, sind in der Regel so beschränkt, daß sie kaum ein wirkliches Spiegelbild der Verhandlungen bieten. Dieser Zustand ist aber kaum zu ändern, weil die Reden, die im Reichstag gehalten werden, zu lang und der in der Presse dafür zur Verfügung stehende Platz zu kurz ist. Aber wir würden unsere Pflicht gröblich verletzen, wenn wir nicht wenigstens eine Rede, die in der Reichstagssitzung vom 8. April, in der das Arbeitszeit-Notgesetz mit 196 gegen 184 Stimmen angenommen wurde, laut Parlamentsstenogramm nachtragen würden. In jener Sitzung hat nämlich der Reichstagsabgeordnete Rieseberg eine gar erschröckliche Rede von der Not des Handwerks und dem Uebermut der Arbeiter, insbesondere der Sozialdemokraten, gehalten.

Gar mächtig dröhnte seine Stimme, massig stand er da mit seinen vollen, geröteten Backen und wild sträubte sich der Hindenburgschnauzer, der seine Nasenflügel kitzelt. Er gab es ihnen gründlich, den verdammten Schmeinehunden, die in seiner Backstube eingebrochen sind und sich erdreisten, in seine und seiner Lehrlinge Arbeit hineinzubefehlen. Er wetterte gegen das „Zuchthausgesetz", womit er die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 meinte, welche den achtstündigen Arbeitstag auch für die Bäckerei bestimmt und die Nachtarbeit verbietet. Diese Verordnung der Volksbeauftragten liegt wie ein Mühlenstein in Riesebergs Magen. Und so legte er denn, nachdem sich zunächst einmal noch mit seinem roten Taschentuch gründlich geschnäuzt hatte, folgendermaßen los:

„Meine Damen und Herren! Wenn man die Verhandlungen hier im Plenum gestern und heute beobachtet hat und von den angeblichen Arbeitervertretern einen Kampf geführt sieht, dann müßte man zu der Ueberzeugung kommen, der Herr Arbeitsminister hätte im Deutschen Reichstag eine Ausnahmegesetzgebung für die Arbeiter geschaffen. Ich glaube jedenfalls, wenn irgend jemand Ursache hätte, sich gegen diese Notverordnung zu wehren, dann wäre es das Handwerk (Sehr richtig!! bei den Deutschnationalen), dann wäre es die Industrie, dann wäre es der Arbeitgeber, dessen Lage durch dieses Gesetz bedeutend verschlechtert wird. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Die 25prozentigen Zuschläge, die in diesem Gesetz stehen, bedeuten für unsere Arbeitgeber einen

jährlichen Zuschluß an Lohn von etwa 250 Millionen Mark,

die dem deutschen Arbeiter ausbezahlt werden. (Zurufe von den Kommunisten: Wer hat Ihnen das vorgerechnet?) Sie bringen das nicht fertig, Sie sind zu dumm dazu, um eine solche Ausrechnung zu machen. (Erneute Zurufe von den Kommunisten.)

Wenn ich so dumm aussehen würde, wie Sie sind,

dann würde ich mich schämen. (Heiterkeit.) Wenn jemand Ursache hätte, sich dagegen zu wehren, daß seine Interessen in diesem Gesetz absolut keine Würdigung erfahren haben, so, glaube ich, ist es das deutsche Bäckerhandwerk. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Das deutsche Bäckerhandwerk gibt sich aber heute zufrieden, wenn der Reichstag die hier zu fassende Entschließung annimmt, um

uns wenigstens einen Wochenstundentag

zu geben. Wir wollen endlich — und das möchte ich den Herren von links sagen — einmal

aus der Zuchthausvorlage herauskommen,

die Sie (zu den Sozialdemokraten) als erstes Produkt Ihrer Revolutionsregierung dem deutschen Bäckerhandwerk beschert haben, aus dieser Zuchthausvorlage vom 23. November 1918, die so weit geht, daß selbst dem Meister in seinem eigenen Betrieb die Arbeit über acht Stunden hinaus verboten wird. (Hört, hört! bei den Deutschnationalen.) So weit ging Ihre Auffassung über die Freiheit der einzelnen Person.

Der Herr Reichsarbeitsminister wird ja einsehen: er kann Ihnen (zu den Sozialdemokraten) die besten Vorlagen bringen, sie protestieren, und ich glaube, wenn er nächstens einen Gesetzentwurf einbringt mit der Ueberschrift

„Jede Arbeit ist verboten!",

dann werden Sie auch dagegen protestieren,

weil Sie dann beim Essen noch kauen müssen,

also dann auch noch arbeiten müssen. (Stürmische Heiterkeit.) Also, Herr Reichsarbeitsminister, Sie sehen, wohin der Weg geht! (Zuruf links: Sie reden ja Makulatur! Sie sind aus lauter Makulatur zusammengebaut! (Heiterkeit.) Eine Zufriedenstellung dieser Seite hier (nach links) werden Sie nie erreichen, Herr Arbeitsminister, und darum geht unsere Bitte dahin: Nehmen Sie sich in Ihrer späteren sozialen Gesetzgebung auch einmal der Interessen des Handwerks an! (Sehr gut! bei den Deutschnationalen.) Kommen Sie endlich einmal so weit, daß Sie einem Stande, der heute auch um seine Existenz kämpft (Sehr richtig! rechts), etwas mehr geben als nur die Entschließung, die wir heute hier eingebracht haben! Geben Sie auch diesem Stande wirklich die Freiheit, die ja so viel gepriesen wird in der neuen Republik, die sich aber für einzelne Stände, besonders für das Handwerk, zu einer Knechtschaft in der größten Form ausgewirkt hat! (Sehr wahr! bei den Deutschnationalen.) Wenn man dem selbständigen Handwerker in seiner eignen Werkstatt das Arbeiten verbietet, so ist das ein Zuchthausgesetz, wie es nicht krasser sein kann. (Große Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Nein, nein, wir lehnen trotzdem nicht ab. Ich will Ihnen nur das eine sagen: Wir als Handwerker stehen dennoch auf dem Standpunkt, von dem sozialen Gedanken getragen, daß wir diese Vorlage als einen sozialen Fortschritt ansehen, und aus diesem Grunde werden wir ihr auch zustimmen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, zustimmen mit dem Wunsche und der Bitte an unsern Reichsarbeitsminister, bei kommenden Gesetzen auch sein Wohlwollen für das deutsche Handwerk zu bekunden. Dann werden Sie, Herr Minister, das Vertrauen von unserer Seite genießen. Das Vertrauen von jener Seite (nach links) sich zu erwerben, Herr Reichsarbeitsminister, wird ein vergebliches Bemühen sein! (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

•

Also sprach Rieseberg. Der Wortlaut seiner Rede ist dem amtlichen stenographischen Bericht entnommen. Er ist von Rieseberg persönlich durchgesehen und gebilligt worden. Jedes Wort ist daher autentisch. Rieseberg hat zu jedem dieser Sätze zu stehen. Wenn in der Wahlagitation, wo dem braven Bäckermeister diese Rede gehörig um die Ohren geschlagen wird, Rieseberg etwa ableugnen sollte, den Unsinn tatsächlich im Reichstage verzapft zu haben, dann wird man ihn darauf festnageln.

Die Sozialdemokraten des Bezirks Magdeburg-Anhalt haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß dem Bäckermeister Rieseberg bei der nächsten Wahl die Gelegenheit genommen wird, den Mittelstand und das Parlament weiter zu blamieren.

Russische Annäherung an den Völkerbund.

In Moskau tagt gegenwärtig der vierte Kongreß der Sowjetunion. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Rede Rykows über die internationale Lage. Es handelt sich dabei um Ausführungen von äußerster, geradezu auffallender Zurückhaltung, in denen man alles andere, nur nicht von bolschewistischen Methoden verspürte. Insbesondere fiel die glimpfliche Behandlung des Völkerbundes auf.

Es bestätigt sich jetzt, daß die Sowjetunion in der Tat eine Annäherung an den Völkerbund erstrebt. Sie lehnt zwar, wie der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" in Moskau zu melden weiß, eine Teilnahme am Genfer-Bund nach wie vor ab, aber macht doch im gleichen Augenblick Anstalten, sich dem Völkerbund gegenüber wesentlich anders einzustellen als bisher. Vor allem wird die Sowjetunion nunmehr zunächst die bisher noch fehlende eigene Berichterstattung in Genf einrichten. Sie ist ferner bereit, unter der Voraussetzung einer Verschiebung der Eröffnung an der Weltwirtschafts-Konferenz teilzunehmen und sich auf der Abrüstungskonferenz in Zukunft vertreten lassen. In Bezug auf die Abrüstungsfragen bietet sie sogar jetzt Vorschläge durch Sachverständige an. Sie verlangt vor allem die Abschaffung des Giftgaskrieges.

Alles das zeigt, daß die Sowjetunion eine Verständigung mit der Schweiz über den Fall Worowski schließlich nur gesucht hat, um eine stärkere Orientierung nach Genf hin vorzunehmen.

Die Räumungsfrage.

Deutsche und französische Sozialisten sind sich einig.

Paris, 20. April. (Eig. Funkm.) Auf einem am Dienstag mittag veranstalteten Bankett des Kongresses der sozialistischen Partei in Lyon nahm u. a. auch der Delegierte des deutschen Parteivorstandes, Gen. Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid das Wort und führte aus, daß nach der Ansicht der deutschen Sozialdemokratie die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes unbedingt notwendig ist für die endgültige Wiederherstellung des Friedens. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Locarno ist die Besetzung eine Anomalie. Sie stärkt die Stellung des Nationalismus in Deutschland und ist eine Gefahr für den Frieden.

In seiner Antwort auf diese Ausführungen erklärte Leon Blum, das, was die Räumung des Saargebietes und die Räumung des Rheinlandes anbetrifft, die französischen Sozialisten vollkommen die gleichen Ansichten haben wie die deutschen Sozialdemokraten. Auch sie wüßten, daß der Friede nicht hergestellt werden könne ohne Regelung dieser beiden schwerwiegenden Fragen.

„Wiking" und „Olympia".

Prozeßbeginn am Donnerstag.

Am Donnerstag beginnt vor dem großen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik die Verhandlung über die Beschwerde des Bundes „Wiking" und des Vereins „Olympia" gegen das am 12. Mai 1926 vom preußischen Innenminister erlassene Verbot dieser beiden Organisationen. Für die Verhandlung sind mehrere Tage angesetzt.

Parteitaktik in Frankreich.

Der sozialistische Kongreß in Lyon.

Paris, 20. April. (Eig. Funkm.)

Die Dienstag-Sitzung in Lyon wurde um 10 Uhr vormittags mit der Fortsetzung der Debatte über die allgemeine Politik der Partei eröffnet. Der erste Redner, der Abgeordnete des Marne-

daß die Partei zuerst
es, wenn eine Einig-
n sei, den Parteien
eses Programm an-
ins Auge gefaßt
ließend sprach Zy-
ngebrachte Entschlie-
es Kartells, kritisierte
radikalsozialistischen
r immer unmöglich
en Kommunisten, die
ei, steht der Redner
d zersetzenden Arbeit
e Arbeiterklasse unter

wiederaufgenommen.
änger der Entschlie-
in Europa die sozia-

eit diese demokratisch
ispiel der Fall in
esen. Der Redner
zismus diesen demo-
Fragt Eure italie-

nel verloren hat, er-
aber dann ist es zu

t die Ansicht, daß es
ließung herbeiführen
daß die auf dem Kon-
greß zu Tage getretene Tendenz einer Einigung auf einen gemeinsamen Text zwischen dem Zentrum und Links möglich ist.

Dann ergriff der Abgeordnete Vincens Auriol das Wort und vertrat gegenüber dem Vorredner den Standpunkt, daß es wohl möglich wäre, Einstimmigkeit über eine Entschließung herbeizuführen. Die Kämpfe der Parteien, so stellte der Redner fest, haben sich vollständig geändert. Heute handele es sich nicht mehr darum, die französische Republik zu verteidigen. Selbst der Papst habe sie anerkannt (Heiterkeit). Aber heute müsse

auf wirtschaftlichem Gebiet der Sozialismus seine Kräfte entfalten.

Ueberall sei es die internationale Finanz, die auf den Regierungen laste und die versuchen, die Demokratie unter ihr Joch zu drücken. Für diesen Kampf müsse eine Umgruppierung der Parteien vorgenommen werden. Aus diesem Grunde seien die lebhaften Angriffe, die auf dem Kongreß gegen die Radikalsozialisten und die sonstigen bürgerlichen Parteien ausgesprochen worden seien, völlig unangebracht. Die Stunde sei nicht dazu da, des längeren zu untersuchen, ob Kartelle oder Koalitionen mit anderen Parteien nicht möglich seien. Man müsse im Gegenteil darauf ausgehen, die Zusammenhänge zwischen der sozialistischen Partei und den ihr nahestehenden bürgerlichen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen. Der Redner verläßt unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Tribüne, die nach ihm Renaudel einnimmt. Er erklärt, daß er angesichts der Rede von Auriol verzichte, da Auriol genau seiner Tendenz Ausdruck gegeben habe. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Herstellung einer

Einheitsfront mit den Kommunisten Sophismus

sei, da diese die sozialistische Einigkeit zu zerstören bestrebt seien.

Dann ergriff Leon Blum das Wort.

Eine Einheitsfront, deren Tätigkeit den Interessen der arbeitenden Klasse diene, begrüßt er, aber in Uebereinstimmung mit Renaudel stelle er fest, daß eine Einheitsfront mit dem Bolschewismus den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufe und unmöglich sei. Aber auch den republikanischen Parteien gegenüber sei es der Sozialdemokratie unmöglich, eine ständige Haltung einzunehmen. Man müsse alle Möglichkeiten in dieser Beziehung offen lassen, ohne sich auf die oder die andere Haltung festzulegen. Blum schließt mit dem Hinweis, daß es möglich wäre, die Einigkeit auf eine Entschließung herbeizuführen, wenn der Kongreß sich der von Auriol vertretenen Auffassung anschließt.

Nach der Rede Blums wird um 10 Uhr die Sitzung aufgehoben. Die politische Diskussion ist geschlossen. Die Resolutionskommission trat sofort zusammen, um zu versuchen, eine einheitliche Resolution zusammenzustellen. Heute vormittag tritt der Parteitag wieder zusammen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270421-12/fragment/page=0005